

Wie die Neokonservativen ab Anfang der 1990er Jahre die Vorherrschaft über den Frieden gestellt haben

Von Jeffrey D. Sachs

4.9.2024

<https://www.jeffsachs.org/newspaper-articles/bfsmbpe4plx7cc6lgxhf37lx249r22>

Übersetzung von Andreas Mylaeus

1989 war ich als Berater für die erste postkommunistische Regierung Polens tätig und half bei der Ausarbeitung einer Strategie zur finanziellen Stabilisierung und wirtschaftlichen Umgestaltung. Meine Empfehlungen aus dem Jahr 1989 forderten eine umfassende finanzielle Unterstützung der polnischen Wirtschaft durch den Westen, um eine galoppierende Inflation zu verhindern, eine konvertierbare polnische Währung mit einem stabilen Wechselkurs zu ermöglichen und den Handel und Investitionen mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (heute Europäische Union) zu öffnen. Diese Empfehlungen wurden von der US-Regierung, der G7 und dem Internationalen Währungsfonds beherzigt.

Auf meinen Rat hin wurde ein 1 Milliarde Dollar schwerer Zloty-Stabilisierungsfonds eingerichtet, der als Rückhalt für die neu konvertierbare Währung Polens diente. Polen wurde ein Aufschub für den Schuldendienst für die Schulden aus der Sowjetzeit gewährt, und dann ein teilweiser Erlass dieser Schulden. Polen wurde von der offiziellen internationalen Gemeinschaft erhebliche Entwicklungshilfe in Form von Zuschüssen und Darlehen gewährt.

Die anschließende wirtschaftliche und soziale Leistung Polens spricht für sich. Obwohl die polnische Wirtschaft in den 1980er Jahren ein Jahrzehnt des Zusammenbruchs erlebt hatte, begann in Polen Anfang der 1990er Jahre eine Phase des raschen Wirtschaftswachstums. Die Währung blieb stabil und die Inflation niedrig. 1990 betrug das BIP pro Kopf (gemessen in Kaufkraftparitäten) in Polen 33 % des benachbarten Deutschlands. Bis 2024 hatte es nach Jahrzehnten des rasanten Wirtschaftswachstums 68 % des deutschen BIP pro Kopf erreicht.

Aufgrund des wirtschaftlichen Erfolgs Polens wurde ich 1990 von Herrn Grigory Yavlinsky, dem Wirtschaftsberater von Präsident Michail Gorbatschow, kontaktiert, um der Sowjetunion ähnliche Ratschläge zu erteilen und insbesondere bei der Mobilisierung finanzieller Unterstützung für die wirtschaftliche Stabilisierung und Transformation der Sowjetunion zu helfen. Ein Ergebnis dieser Arbeit war ein Projekt, das 1991 an der Harvard Kennedy School mit den Professoren Graham Allison, Stanley

Fisher und Robert Blackwill durchgeführt wurde. Gemeinsam schlugen wir den USA, den G7-Staaten und der Sowjetunion einen „Grand Bargain“ vor, in dem wir uns für eine umfassende finanzielle Unterstützung der laufenden wirtschaftlichen und politischen Reformen Gorbatschows durch die USA und die G7-Staaten aussprachen. Der Bericht wurde am 1. Oktober 1991 unter dem Titel „*Window of Opportunity: The Grand Bargain for Democracy in the Soviet Union*“ veröffentlicht.

Der Vorschlag für eine groß angelegte Unterstützung der Sowjetunion durch den Westen wurde von den Kalten Kriegern im Weißen Haus rundheraus abgelehnt. Gorbatschow kam im Juli 1991 zum G7-Gipfel in London und bat um finanzielle Unterstützung, ging jedoch leer aus. Nach seiner Rückkehr nach Moskau wurde er im August 1991 bei einem Putschversuch entführt. Zu diesem Zeitpunkt übernahm Boris Jelzin, Präsident der Russischen Föderation, die tatsächliche Führung der krisengeschüttelten Sowjetunion. Im Dezember wurde die Sowjetunion unter dem Druck der Entscheidungen Russlands und anderer Sowjetrepubliken aufgelöst, und es entstanden 15 neue unabhängige Nationen.

Im September 1991 kontaktierte mich Jegor Gaidar, Wirtschaftsberater von Jelzin und bald darauf amtierender Ministerpräsident der neuen unabhängigen Russischen Föderation ab Dezember 1991. Er bat mich, nach Moskau zu kommen, um die Wirtschaftskrise und Möglichkeiten zur Stabilisierung der russischen Wirtschaft zu besprechen. Zu diesem Zeitpunkt stand Russland kurz vor einer Hyperinflation, einem finanziellen Zahlungsausfall gegenüber dem Westen, dem Zusammenbruch des internationalen Handels mit den anderen Republiken und den ehemaligen sozialistischen Ländern Osteuropas sowie einer starken Nahrungsmittelknappheit in russischen Städten, die auf den Zusammenbruch der Lebensmittellieferungen aus den landwirtschaftlichen Gebieten und den allgegenwärtigen Schwarzhandel mit Lebensmitteln und anderen wichtigen Gütern zurückzuführen war.

Ich empfahl Russland, die Forderung nach umfangreicher finanzieller Unterstützung aus dem Westen zu wiederholen, einschließlich eines sofortigen Zahlungsaufschubs für den Schuldendienst, eines längerfristigen Schuldenerlasses, eines Währungsstabilisierungsfonds für den Rubel (wie für den Zloty in Polen), umfangreicher Zuschüsse in Dollar und europäischen Währungen zur Unterstützung dringend benötigter Lebensmittel- und Medizinimporte und anderer wichtiger Warenströme sowie einer sofortigen Finanzierung durch den IWF, die Weltbank und andere Institutionen zum Schutz der sozialen Dienste Russlands (Gesundheitswesen, Bildung und andere).

Im November 1991 traf Gaidar mit den G7-Abgeordneten (den stellvertretenden Finanzministern der G7-Länder) zusammen und forderte einen Aufschub des Schuldendienstes. Diese Bitte wurde rundheraus abgelehnt. Im Gegenteil, Gaidar wurde mitgeteilt, dass, wenn Russland nicht weiterhin jeden einzelnen Dollar bei Fälligkeit bediene, die auf hoher See auf dem Weg nach Russland befindliche

Nahrungsmittelsoforthilfe sofort umkehren und in die Heimathäfen zurückgeschickt würde. Ich traf Gaidar unmittelbar nach dem Treffen der G7-Abgeordneten mit aschfahlem Gesicht.

Im Dezember 1991 traf ich mich mit Jelzin im Kreml, um ihn über die Finanzkrise in Russland zu informieren und ihm meine anhaltende Hoffnung und mein Eintreten für eine Notfallhilfe aus dem Westen darzulegen, insbesondere da Russland nach dem Ende der Sowjetunion nun als unabhängige, demokratische Nation in Erscheinung trat. Er bat mich, als Berater für sein Wirtschaftsteam zu fungieren, mit dem Schwerpunkt auf dem Versuch, die erforderliche umfangreiche finanzielle Unterstützung zu mobilisieren. Ich nahm diese Herausforderung an und die beratende Position auf rein ehrenamtlicher Basis.

Nach meiner Rückkehr aus Moskau ging ich nach Washington, um meine Forderung nach einem Schuldenmoratorium, einem Währungsstabilisierungsfonds und finanzieller Nothilfe zu bekräftigen. Bei meinem Treffen mit Herrn Richard Erb, dem stellvertretenden geschäftsführenden Direktor des IWF, der für die allgemeinen Beziehungen zu Russland zuständig war, erfuhr ich, dass die USA ein solches Finanzpaket nicht unterstützen. Ich plädierte erneut für die wirtschaftlichen und finanziellen Argumente und war entschlossen, die Politik der USA zu ändern. Aus meiner Erfahrung in anderen Beratungskontexten wusste ich, dass es mehrere Monate dauern kann, bis Washington seine politische Haltung ändert.

Tatsächlich habe ich mich von 1991 bis 1994 unermüdlich, aber erfolglos für eine groß angelegte Unterstützung der krisengeschüttelten Wirtschaft Russlands und der anderen 14 neuen unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion durch den Westen eingesetzt. Ich habe diese Appelle in unzähligen Reden, Treffen, Konferenzen, Gastkommentaren und wissenschaftlichen Artikeln vorgebracht. Ich war mit meiner Forderung nach einer solchen Unterstützung in den USA eine einsame Stimme. Ich hatte aus der Wirtschaftsgeschichte gelernt – vor allem aus den wichtigen Schriften von John Maynard Keynes (insbesondere *Economic Consequences of the Peace*, 1919) – und aus meinen eigenen Beratungserfahrungen in Lateinamerika und Osteuropa, dass die dringend benötigten Stabilisierungsbemühungen Russlands von externer finanzieller Unterstützung abhängen könnten.

Es lohnt sich, hier ausführlich aus meinem Artikel in der [Washington Post](#) vom November 1991 zu zitieren, um den Kern meiner damaligen Argumentation darzustellen:

Dies ist das dritte Mal in diesem Jahrhundert, dass der Westen sich mit den Besiegten befassen muss. Als das Deutsche und das Habsburger Reich nach dem Ersten Weltkrieg zusammenbrachen, war das Ergebnis finanzielles Chaos und soziale Verwerfungen. Keynes sagte 1919 voraus, dass dieser völlige Zusammenbruch in Deutschland und Österreich in

Kombination mit einem Mangel an Visionen seitens der Sieger zu einer heftigen Gegenreaktion in Richtung Militärdiktatur in Mitteleuropa führen würde. Selbst ein so brillanter Finanzminister wie Joseph Schumpeter in Österreich konnte den Strom in Richtung Hyperinflation und Hypernationalismus nicht aufhalten, und die Vereinigten Staaten versanken unter der „Führung“ von Warren G. Harding und Senator Henry Cabot Lodge im Isolationismus der 1920er Jahre.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Sieger schlauer. Harry Truman forderte finanzielle Unterstützung der USA für Deutschland und Japan sowie für das übrige Westeuropa. Die Summen, die im Rahmen des Marshall-Plans bereitgestellt wurden, entsprachen einigen Prozent des BIP der Empfängerländer und reichten nicht aus, um Europa tatsächlich wieder aufzubauen. Für die visionären Erbauer des demokratischen Kapitalismus im Nachkriegseuropa war dies jedoch ein politischer Rettungsanker.

Heute ist Russland nach dem Kalten Krieg und dem Zusammenbruch des Kommunismus am Boden zerstört, verängstigt und instabil wie Deutschland nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Westliche Hilfe hätte in Russland die psychologisch und politisch belebende Wirkung, die der Marshall-Plan für Westeuropa hatte. Russlands Psyche wurde durch 1.000 Jahre brutaler Invasionen gequält, von Dschingis Khan bis Napoleon und Hitler.

Churchill beurteilte den Marshall-Plan als die „unverdorbenste Tat der Geschichte“, und seine Ansicht wurde von Millionen Europäern geteilt, für die die Hilfe der erste Hoffnungsschimmer in einer zusammengebrochenen Welt war. In einer zusammengebrochenen Sowjetunion haben wir die bemerkenswerte Gelegenheit, die Hoffnungen des russischen Volkes durch einen Akt der Völkerverständigung zu stärken. Der Westen kann das russische Volk nun mit einer weiteren unverdorbenen Tat inspirieren.

Dieser Rat wurde nicht beherzigt, aber das hielt mich nicht davon ab, mich weiter für die Sache einzusetzen. Anfang 1992 wurde ich eingeladen, in der PBS-Nachrichtensendung *The McNeil-Lehrer Report* für mein Anliegen zu werben. Ich war zusammen mit dem amtierenden Außenminister Lawrence Eagleburger auf Sendung. Nach der Sendung bat er mich, ihn vom PBS-Studio in Arlington, Virginia, zurück nach Washington, D.C., zu begleiten. Wir führten folgendes Gespräch. „Jeffrey, bitte lassen Sie mich erklären, dass Ihr Antrag auf umfangreiche Hilfe nicht genehmigt werden wird. Selbst wenn ich Ihren Argumenten zustimmen würde – und der polnische Finanzminister [Leszek Balcerowicz] hat mir erst letzte Woche dieselben Argumente vorgetragen – wird es nicht genehmigt werden. Möchten Sie wissen, warum? Wissen Sie, welches Jahr wir haben?“ „1992“, antwortete ich. „Wissen Sie, was das bedeutet?“ „Ein Wahljahr?“, erwiderte ich. „Ja, das ist ein Wahljahr. Es wird nicht passieren.“

Die Wirtschaftskrise in Russland verschärfte sich 1992 rapide. Gaidar hob die Preiskontrollen Anfang 1992 auf, nicht als angebliches Wundermittel, sondern weil die offiziellen Festpreise aus der Sowjetzeit unter dem Druck der Schwarzmärkte, der unterdrückten Inflation (d.h. der raschen Inflation der Schwarzmarktpreise und damit der zunehmenden Kluft zu den offiziellen Preisen), dem vollständigen Zusammenbruch des Planwirtschaftssystems der Sowjet-Ära und der massiven Korruption, die durch die wenigen Waren verursacht wurde, die noch zu offiziellen Preisen weit unter den Schwarzmarktpreisen gehandelt wurden.

Russland benötigte dringend einen Stabilisierungsplan, wie ihn Polen durchgeführt hatte, aber ein solcher Plan war finanziell (wegen des Mangels an externer Unterstützung) und politisch (weil der Mangel an externer Unterstützung auch den Mangel an internem Konsens darüber bedeutete, was zu tun war) unerreichbar. Die Krise wurde durch den Zusammenbruch des Handels zwischen den neuen unabhängigen postsowjetischen Staaten und den Zusammenbruch des Handels zwischen der ehemaligen Sowjetunion und ihren ehemaligen Satellitenstaaten in Mittel- und Osteuropa verschärft, die nun westliche Hilfe erhielten und ihren Handel auf Westeuropa ausrichteten und von der ehemaligen Sowjetunion abwandten.

Im Jahr 1992 versuchte ich weiterhin erfolglos, die umfangreichen westlichen Finanzmittel zu mobilisieren, die ich für immer dringlicher hielt. Ich setzte meine Hoffnungen auf die neu gewählte Präsidentschaft von Bill Clinton. Auch diese Hoffnungen wurden schnell zunichte gemacht. Clintons wichtigster Russland-Berater, der Johns-Hopkins-Professor Michael Mandelbaum, teilte mir im November 1992 unter vier Augen mit, dass das neue Clinton-Team das Konzept einer umfangreichen Unterstützung für Russland abgelehnt habe. Mandelbaum gab bald darauf öffentlich bekannt, dass er nicht in der neuen Regierung mitwirken würde. Ich traf mich mit Clintons neuem Russland-Berater Strobe Talbott, musste jedoch feststellen, dass er sich der drängenden wirtschaftlichen Realitäten kaum bewusst war. Er bat mich, ihm einige Materialien über Hyperinflationen zu schicken, was ich auch tat.

Ende 1992, nach einem Jahr des Versuchs, Russland zu helfen, teilte ich Gaidar mit, dass ich zurücktreten würde, da meine Empfehlungen in Washington oder den europäischen Hauptstädten nicht beachtet wurden. Doch um Weihnachten herum erhielt ich einen Anruf vom neuen Finanzminister Russlands, Herrn Boris Fjodorow. Er bat mich, ihn gleich zu Beginn des Jahres 1993 in Washington zu treffen. Wir trafen uns bei der Weltbank. Fjodorow, ein Gentleman und hochintelligenter Experte, der tragischerweise einige Jahre später jung verstarb, flehte mich an, ihm 1993 als Berater zur Seite zu stehen. Ich stimmte zu und verbrachte ein weiteres Jahr damit, Russland bei der Umsetzung eines Stabilisierungsplans zu unterstützen. Im Dezember 1993 trat ich zurück und gab meinen Abschied als Berater in den ersten Tagen des Jahres 1994 öffentlich bekannt.

Mein anhaltendes Eintreten für die Sache in Washington stieß im ersten Jahr der Clinton-Regierung erneut auf taube Ohren, und meine eigenen Vorahnungen wurden stärker. In meinen öffentlichen Reden und Schriften, wie in diesem Artikel in der [New Republic](#) im Januar 1994, kurz nachdem ich meine Beraterrolle niedergelegt hatte, verwies ich wiederholt auf die Warnungen der Geschichte.

Vor allem sollte Clinton sich nicht mit dem Gedanken trösten, dass in Russland nichts allzu Ernstes passieren kann. Viele westliche Politiker haben zuversichtlich vorausgesagt, dass die Reformer, wenn sie jetzt gehen, in einem Jahr zurückkehren werden, nachdem die Kommunisten sich erneut als unfähig erwiesen haben, zu regieren. Dies könnte passieren, aber die Chancen stehen gut, dass es nicht so sein wird. Die Geschichte hat der Clinton-Regierung wahrscheinlich eine Chance gegeben, Russland vom Abgrund zurückzuholen; und sie offenbart ein erschreckend einfaches Muster. Die gemäßigten Girondisten folgten Robespierre nicht zurück an die Macht. Angesichts galoppierender Inflation, sozialer Unruhen und sinkender Lebensstandards entschied sich das revolutionäre Frankreich stattdessen für Napoleon. Im revolutionären Russland gelangte Alexander Kerenski nicht wieder an die Macht, nachdem Lenins Politik und der Bürgerkrieg zu einer Hyperinflation geführt hatten. Die Unruhen der frühen 1920er Jahre ebneten den Weg für Stalins Aufstieg zur Macht. Auch der Regierung Brüning wurde in Deutschland keine weitere Chance gegeben, nachdem Hitler 1933 an die Macht gekommen war.

Es ist wichtig klarzustellen, dass sich meine beratende Rolle in Russland auf die makroökonomische Stabilisierung und internationale Finanzierung beschränkte. Ich war weder am Privatisierungsprogramm Russlands beteiligt, das 1993-1994 Gestalt annahm, noch an den verschiedenen Maßnahmen und Programmen (wie dem berüchtigten „Aktien-gegen-Kredite“-Programm von 1996), die die neuen russischen Oligarchen hervorbrachten. Im Gegenteil, ich war gegen die verschiedenen Maßnahmen, die Russland ergriff, da ich der Meinung war, dass sie von Ungerechtigkeit und Korruption geprägt waren. Ich habe dies sowohl öffentlich als auch privat gegenüber Beamten von Clinton zum Ausdruck gebracht, aber auch in dieser Angelegenheit hat man mir nicht zugehört. Meine Kollegen in Harvard waren an der Privatisierung beteiligt, aber sie haben mich eifrig von ihrer Arbeit ferngehalten. Zwei von ihnen wurden später von der US-Regierung wegen Insiderhandels bei Aktivitäten in Russland angeklagt, von denen ich absolut nichts wusste und an denen ich in keiner Weise beteiligt war. Meine einzige Rolle in dieser Angelegenheit bestand darin, sie vom Harvard Institute for International Development zu entlassen, weil sie gegen die internen HIID-Regeln gegen Interessenkonflikte in Ländern verstoßen hatten, die vom HIID beraten wurden.

Das Versäumnis des Westens, Russland und den anderen neuen unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion rechtzeitig umfangreiche finanzielle Unterstützung zu gewähren, verschärfte die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise, mit der diese Länder Anfang der 1990er Jahre konfrontiert waren, definitiv. Die Inflation blieb mehrere Jahre lang sehr hoch. Der Handel und damit die wirtschaftliche Erholung wurden ernsthaft behindert. Die Korruption blühte unter der Politik der Aufteilung wertvoller staatlicher Vermögenswerte an Privatpersonen auf.

All diese Verwerfungen schwächten das Vertrauen der Öffentlichkeit in die neuen Regierungen der Region und des Westens erheblich. Dieser Zusammenbruch des sozialen Vertrauens erinnerte mich damals an das Sprichwort von Keynes aus dem Jahr 1919, das er nach dem katastrophalen Versailler Vertrag und der darauf folgenden Hyperinflation prägte: „Es gibt kein subtileres und sichereres Mittel, um die bestehende Grundlage einer Gesellschaft zu zerstören, als die Währung zu entwerten. Dieser Prozess setzt alle verborgenen Kräfte des Wirtschaftsrechts auf die Seite der Zerstörung, und zwar auf eine Weise, die nicht einmal einer von einer Million Menschen zu diagnostizieren vermag.“

Während des turbulenten Jahrzehnts der 1990er Jahre verfielen die sozialen Dienste Russlands. Als dieser Verfall mit dem stark gestiegenen Stress in der Gesellschaft einherging, kam es zu einem starken Anstieg der alkoholbedingten Todesfälle in Russland. Während in Polen die Wirtschaftsreformen mit einem Anstieg der Lebenserwartung und der öffentlichen Gesundheit einhergingen, geschah im krisengeschüttelten Russland genau das Gegenteil.

Trotz all dieser wirtschaftlichen Debakel und der Zahlungsunfähigkeit Russlands im Jahr 1998 waren die schwere Wirtschaftskrise und die mangelnde Unterstützung des Westens nicht die endgültigen Bruchstellen in den Beziehungen zwischen den USA und Russland. Als Wladimir Putin 1999 Premierminister und 2000 Präsident wurde, bemühte er sich um freundschaftliche und auf gegenseitiger Unterstützung beruhende internationale Beziehungen zwischen Russland und dem Westen. Viele europäische Staats- und Regierungschefs, wie beispielsweise der italienische Premierminister Romano Prodi, haben in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft ausführlich über Putins guten Willen und seine positiven Absichten hinsichtlich starker Beziehungen zwischen Russland und der EU gesprochen.

Es waren eher militärische als wirtschaftliche Angelegenheiten, die in den 2000er Jahren zum Ende der russisch-westlichen Beziehungen führten. Wie im Finanzbereich war der Westen in den 1990er Jahren militärisch dominant und hatte sicherlich die Mittel, um starke und positive Beziehungen zu Russland zu fördern. Doch die USA waren weitaus mehr an der Unterordnung Russlands unter die NATO interessiert als an stabilen Beziehungen zu Russland.

Zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung versprachen sowohl die USA als auch Deutschland Gorbatschow und später Jelzin wiederholt, dass der Westen die deutsche Wiedervereinigung und das Ende des Warschauer Pakts nicht durch eine Osterweiterung des NATO-Militärbündnisses ausnutzen würde. Sowohl Gorbatschow als auch Jelzin betonten wiederholt die Bedeutung dieses Versprechens der USA und der NATO. Doch innerhalb weniger Jahre brach Clinton das Versprechen des Westens vollständig und leitete den Prozess der NATO-Erweiterung ein. Führende US-Diplomaten, angeführt vom großen Staatsmann und Gelehrten [George Kennan](#), warnten damals, dass die NATO-Erweiterung zu einer Katastrophe führen würde: „Die Ansicht, offen gesagt, ist, dass die Erweiterung der NATO der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Zeit nach dem Kalten Krieg wäre.“ Und so kam es auch.

Hier ist nicht der richtige Ort, um alle außenpolitischen Katastrophen, die aus der Arroganz der USA gegenüber Russland resultierten, erneut aufzugreifen, aber es genügt, hier eine kurze und unvollständige Chronologie der wichtigsten Ereignisse zu erwähnen. 1999 bombardierte die NATO 78 Tage lang Belgrad mit dem Ziel, Serbien zu zerschlagen und einen unabhängigen Kosovo zu schaffen, in dem sich heute ein wichtiger NATO-Stützpunkt auf dem Balkan befindet. 2002 zogen sich die USA einseitig aus dem Vertrag über die Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper (ABM-Vertrag) zurück, und zwar trotz der heftigen Einwände Russlands. 2003 setzten sich die USA und die NATO-Verbündeten über den UN-Sicherheitsrat hinweg, indem sie unter Vorspiegelung falscher Tatsachen einen Krieg im Irak begannen. 2004 setzten die USA die NATO-Erweiterung fort, diesmal um die baltischen Staaten und Länder in der Schwarzmeerregion (Bulgarien und Rumänien) sowie auf dem Balkan. Im Jahr 2008 verpflichteten sich die USA trotz der dringenden und energischen Einwände Russlands, die NATO auf Georgien und die Ukraine auszudehnen.

Im Jahr 2011 beauftragten die USA die CIA mit dem Sturz des mit Russland verbündeten syrischen Präsidenten Baschar al-Assad. Im Jahr 2011 bombardierte die NATO Libyen, um Muammar al-Gaddafi zu stürzen. 2014 verschworen sich die USA mit ukrainischen nationalistischen Kräften, um den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch zu stürzen. 2015 begannen die USA, Aegis-Raketen in Osteuropa (Rumänien) in geringer Entfernung zu Russland zu stationieren. 2016–2020 unterstützten die USA die Ukraine bei der Untergrabung des Minsk-II-Abkommens, obwohl dieses vom UN-Sicherheitsrat einstimmig gebilligt worden war. Im Jahr 2021 weigerte sich die neue Biden-Regierung, mit Russland über die Frage der NATO-Erweiterung um die Ukraine zu verhandeln. Im April 2022 forderten die USA die Ukraine auf, sich aus den Friedensverhandlungen mit Russland zurückzuziehen.

Wenn man auf die Ereignisse um 1991–93 und die darauf folgenden Ereignisse zurückblickt, wird deutlich, dass die USA entschlossen waren, die Bestrebungen Russlands nach einer friedlichen und von

gegenseitigem Respekt geprägten Integration Russlands und des Westens abzulehnen. Das Ende der Sowjetzeit und der Beginn der Präsidentschaft Jelzins führten zum Aufstieg der Neokonservativen (Neocons) an die Macht in den Vereinigten Staaten. Die Neocons wollten und wollen keine von gegenseitigem Respekt geprägte Beziehung zu Russland. Sie strebten und streben bis heute eine unipolare Welt an, die von den hegemonialen USA angeführt wird und in der Russland und andere Nationen unterwürfig sein sollen.

In dieser von den USA geführten Weltordnung stellten sich die Neokonservativen vor, dass die USA und nur die USA über die Nutzung des auf dem Dollar basierenden Bankensystems, die Platzierung von US-Militärstützpunkten in Übersee, den Umfang der NATO-Mitgliedschaft und die Stationierung von US-Raketensystemen bestimmen würden, ohne dass andere Länder, insbesondere Russland, ein Veto einlegen oder ein Mitspracherecht haben würden. Diese arrogante Außenpolitik hat zu mehreren Kriegen und zu einer zunehmenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem von den USA geführten Staatenblock und dem Rest der Welt geführt. Als Berater Russlands von Ende 1991 bis Ende 1993 erlebte ich die Anfänge des Neokonservatismus in Russland aus erster Hand, obwohl es noch viele Jahre dauern sollte, bis das volle Ausmaß der neuen und gefährlichen Wende in der US-Außenpolitik, die Anfang der 1990er Jahre begann, erkennbar wurde.

<https://www.racket.news/p/a-true-shock-economist-jeffrey-sachs>

How the Neocons Chose Hegemony Over Peace Beginning in the Early 1990s

By Jeffrey D. Sachs

September 4, 2024

<https://www.jeffsachs.org/newspaper-articles/bfsmbpe4plx7cc6lgxhf37lx249r22>

In 1989 I served as an advisor to the first post-communist government of Poland, and helped to devise a strategy of financial stabilization and economic transformation. My recommendations in 1989 called for large-scale Western financial support for Poland's economy in order to prevent a runaway inflation, enable a convertible Polish currency at a stable exchange rate, and an opening of trade and investment with the countries of the European Community (now the European Union). These recommendations were heeded by the US Government, the G7, and the International Monetary Fund.

Based on my advice, a \$1 billion Zloty stabilization fund was established that served as the backing of Poland's newly convertible currency. Poland was granted a standstill on debt servicing on the Soviet-era debt, and then a partial cancellation of that debt. Poland was granted significant development assistance in the form of grants and loans by the official international community.

Poland's subsequent economic and social performance speaks for itself. Despite Poland's economy having experienced a decade of collapse in the 1980s, Poland began a period of rapid economic growth in the early 1990s. The currency remained stable and inflation low. In 1990, Poland's GDP per capita (measured in purchasing-power terms) was 33% of neighboring Germany. By 2024, it had reached 68% of Germany's GDP per capita, following decades of rapid economic growth.

On the basis of Poland's economic success, I was contacted in 1990 by Mr. Grigory Yavlinsky, economic advisor to President Mikhail Gorbachev, to offer similar advice to the Soviet Union, and in particular to help mobilize financial support for the economic stabilization and transformation of the Soviet Union. One outcome of that work was a 1991 project undertaken at the Harvard Kennedy School with Professors Graham Allison, Stanley Fisher, and Robert Blackwill. We jointly proposed a "Grand Bargain" to the US, G7, and Soviet Union, in which we advocated large-scale financial support by the US and G7 countries for Gorbachev's ongoing economic and political reforms. The report was published as [Window of Opportunity: The Grand Bargain for Democracy in the Soviet Union](#) (1 October 1991).

The proposal for large-scale Western support for the Soviet Union was flatly rejected by the Cold Warriors in the White House. Gorbachev came to the G7 Summit in London in July 1991 asking for financial assistance, but left empty-handed. Upon his return to Moscow, he was abducted in the coup attempt of

August 1991. At that point, Boris Yeltsin, President of the Russian Federation, assumed effective leadership of the crisis-ridden Soviet Union. By December, under the weight of decisions by Russia and other Soviet republics, the Soviet Union was dissolved with the emergence of 15 newly independent nations.

In September 1991, I was contacted by Yegor Gaidar, economic advisor to Yeltsin, and soon to be acting Prime Minister of newly independent Russian Federation as of December 1991. He requested that I come to Moscow to discuss the economic crisis and ways to stabilize the Russian economy. At that stage, Russia was on the verge of hyperinflation, financial default to the West, the collapse of international trade with the other republics and with the former socialist countries of Eastern Europe, and intense shortages of food in Russian cities resulting from the collapse of food deliveries from the farmlands and the pervasive black marketing of foodstuffs and other essential commodities.

I recommended that Russia reiterate the call for large-scale Western financial assistance, including an immediate standstill on debt servicing, longer-term debt relief, a currency stabilization fund for the ruble (as for the Zloty in Poland), large-scale grants of dollars and European currencies to support urgently needed food and medical imports and other essential commodity flows, and immediate financing by the IMF, World Bank, and other institutions to protect Russia's social services (healthcare, education, and others).

In November 1991, Gaidar met with the G7 Deputies (the deputy finance ministers of the G7 countries) and requested a standstill on debt servicing. This request was flatly denied. To the contrary, Gaidar was told that unless Russia continued to service every last dollar as it came due, emergency food aid on the high seas heading to Russia would be immediately turned around and sent back to the home ports. I met with an ashen-faced Gaidar immediately after the G7 Deputies meeting.

In December 1991, I met with Yeltsin in the Kremlin to brief him on Russia's financial crisis and on my continued hope and advocacy for emergency Western assistance, especially as Russia was now emerging as an independent, democratic nation after the end of the Soviet Union. He requested that I serve as an advisor to his economic team, with a focus on attempting to mobilize the needed large-scale financial support. I accepted that challenge and the advisory position on a strictly unpaid basis.

Upon returning from Moscow, I went to Washington to reiterate my call for a debt standstill, a currency stabilization fund, and emergency financial support. In my meeting with Mr. Richard Erb, Deputy Managing Director of the IMF in charge of overall relations with Russia, I learned that the US did not support this kind of financial package. I once again pleaded the economic and financial case, and was

determined to change US policy. It had been my experience in other advisory contexts that it might require several months to sway Washington on its policy approach.

Indeed, during 1991-94 I would advocate non-stop but without success for large-scale Western support for Russia's crisis-ridden economy, and support for the other 14 newly independent states of the former Soviet Union. I made these appeals in countless speeches, meetings, conferences, op-eds, and academic articles. Mine was a lonely voice in the US in calling for such support. I had learned from economic history — most importantly the crucial writings of John Maynard Keynes (especially *Economic Consequences of the Peace*, 1919) — and from my own advisory experiences in Latin America and Eastern Europe, that external financial support for Russia could well be the make or break of Russia's urgently needed stabilization effort.

It is worth quoting at length here from my article in the [Washington Post in November 1991](#) to present the gist of my argument at the time:

This is the third time in this century in which the West must address the vanquished. When the German and Hapsburg Empires collapsed after World War I, the result was financial chaos and social dislocation. Keynes predicted in 1919 that this utter collapse in Germany and Austria, combined with a lack of vision from the victors, would conspire to produce a furious backlash towards military dictatorship in Central Europe. Even as brilliant a finance minister as Joseph Schumpeter in Austria could not stanch the torrent towards hyperinflation and hyper-nationalism, and the United States descended into the isolationism of the 1920s under the "leadership" of Warren G. Harding and Sen. Henry Cabot Lodge.

After World War II, the victors were smarter. Harry Truman called for U.S. financial support to Germany and Japan, as well as the rest of Western Europe. The sums involved in the Marshall Plan, equal to a few percent of the recipient countries' GNPs, was not enough to actually rebuild Europe. It was, though, a political lifeline to the visionary builders of democratic capitalism in postwar Europe.

Now the Cold War and the collapse of communism have left Russia as prostrate, frightened and unstable as was Germany after World War I and World War II. Inside Russia, Western aid would have the galvanizing psychological and political effect that the Marshall Plan had for Western Europe. Russia's psyche has been tormented by 1,000 years of brutal invasions, stretching from Genghis Khan to Napoleon and Hitler.

Churchill judged that the Marshall Plan was history's "most unsordid act," and his view was shared by millions of Europeans for whom the aid was the first glimpse of hope in a collapsed

world. In a collapsed Soviet Union, we have a remarkable opportunity to raise the hopes of the Russian people through an act of international understanding. The West can now inspire the Russian people with another unsordid act.

This advice went unheeded, but that did not deter me from continuing my advocacy. In early 1992, I was invited to make the case on the PBS news show *The McNeil-Lehrer Report*. I was on air with acting Secretary of State Lawrence Eagleburger. After the show, he asked me to ride with him from the PBS studio in Arlington, Virginia back to Washington, D.C. Our conversation was the following. “Jeffrey, please let me explain to you that your request for large-scale aid is not going to happen. Even assuming that I agree with your arguments — and Poland’s finance minister [Leszek Balcerowicz] made the same points to me just last week — it’s not going to happen. Do you want to know why? Do you know what this year is?” “1992,” I answered. “Do you know that this means?” “An election year?” I replied. “Yes, this is an election year. It’s not going to happen.”

Russia’s economic crisis worsened rapidly in 1992. Gaidar lifted price controls at the start of 1992, not as some purported miracle cure but because the Soviet-era official fixed prices were irrelevant under the pressures of the black markets, the repressed inflation (that is, rapid inflation in the black-market prices and therefore the rising the gap with the official prices), the complete breakdown of the Soviet-era planning mechanism, and the massive corruption engendered by the few goods still being exchanged at the official prices far below the black-market prices.

Russia urgently needed a stabilization plan of the kind that Poland had undertaken, but such a plan was out of reach financially (because of the lack of external support) and politically (because the lack of external support also meant the lack of any internal consensus on what to do). The crisis was compounded by the collapse of trade among the newly independent post-Soviet nations and the collapse of trade between the former Soviet Union and its former satellite nations in Central and Eastern Europe, which were now receiving Western aid and were reorienting trade towards Western Europe and away from the former Soviet Union.

During 1992 I continued without any success to try to mobilize the large-scale Western financing that I believed to be ever-more urgent. I pinned my hopes on the newly elected Presidency of Bill Clinton. These hopes too were quickly dashed. Clinton’s key advisor on Russia, Johns Hopkins Professor Michael Mandelbaum, told me privately in November 1992 that the incoming Clinton team had rejected the concept of large-scale assistance for Russia. Mandelbaum soon announced publicly that he would not serve in the new administration. I met with Clinton’s new Russia advisor, Strobe Talbott, but discovered that he was largely unaware of the pressing economic realities. He asked me to send him some materials about hyperinflations, which I duly did.

At the end of 1992, after one year of trying to help Russia, I told Gaidar that I would step aside as my recommendations were not heeded in Washington or the European capitals. Yet around Christmas Day I received a phone call from Russia's incoming financing minister, Mr. Boris Fyodorov. He asked me to meet him in Washington in the very first days of 1993. We met at the World Bank. Fyodorov, a gentleman and highly intelligent expert who tragically died young a few years later, implored me to remain as an advisor to him during 1993. I agreed to do so, and spent one more year attempting to help Russia implement a stabilization plan. I resigned in December 1993, and publicly announced my departure as advisor in the first days of 1994.

My continued advocacy in Washington once again fell on deaf ears in the first year of the Clinton Administration, and my own forebodings became greater. I repeatedly invoked the warnings of history in my public speaking and writing, as in this piece in the *New Republic* in January 1994, soon after I had stepped aside from the advisory role.

Above all, Clinton should not console himself with the thought that nothing too serious can happen in Russia. Many Western policymakers have confidently predicted that if the reformers leave now, they will be back in a year, after the Communists once again prove themselves unable to govern. This might happen, but chances are it will not. History has probably given the Clinton administration one chance for bringing Russia back from the brink; and it reveals an alarmingly simple pattern. The moderate Girondists did not follow Robespierre back into power. With rampant inflation, social disarray and falling living standards, revolutionary France opted for Napoleon instead. In revolutionary Russia, Aleksandr Kerensky did not return to power after Lenin's policies and civil war had led to hyperinflation. The disarray of the early 1920s opened the way for Stalin's rise to power. Nor was Bruning's government given another chance in Germany once Hitler came to power in 1933.

It is worth clarifying that my advisory role in Russia was limited to macroeconomic stabilization and international financing. I was not involved in Russia's privatization program which took shape during 1993-4, nor in the various measures and programs (such as the notorious "shares-for-loans" scheme in 1996) that gave rise to the new Russian oligarchs. On the contrary, I opposed the various kinds of measures that Russia was undertaking, believing them to be rife with unfairness and corruption. I said as much in both the public and in private to Clinton officials, but they were not listening to me on that account either. Colleagues of mine at Harvard were involved in the privatization work, but they assiduously kept me far away from their work. Two were later charged by the US government with insider dealing in activities in Russia which I had absolutely no foreknowledge or involvement of any kind. My

only role in that matter was to dismiss them from the Harvard Institute for International Development for violating the internal HIID rules against conflicts of interest in countries that HIID advised.

The failure of the West to provide large-scale and timely financial support to Russia and the other newly independent nations of the former Soviet Union definitely exacerbated the serious economic and financial crisis that faced those countries in the early 1990s. Inflation remained very high for several years. Trade and hence economic recovery were seriously impeded. Corruption flourished under the policies of parcelling out valuable state assets to private hands.

All of these dislocations gravely weakened the public trust in the new governments of the region and the West. This collapse in social trust brought to my mind at the time the adage of Keynes in 1919, following the disaster Versailles settlement and the hyperinflations that followed: "There is no subtler, no surer means of over- turning the existing basis of society than to debauch the currency. The process engages all the hidden forces of economic law on the side of destruction, and it does it in a manner which not one man in a million is able to diagnose."

During the tumultuous decade of the 1990s, Russia's social services fell into decline. When this decline was coupled with the greatly increased stresses on society, the result was a sharp rise in Russia's alcohol-related deaths. Whereas in Poland, the economic reforms were accompanied by a rise in life expectancy and public health, the very opposite occurred in crisis-riven Russia.

Even with all of these economic debacles, and with Russia's default in 1998, the grave economic crisis and lack of Western support were not the definitive breaking points of US-Russian relations. In 1999, when Vladimir Putin became Prime Minister and in 2000 when he became President, Putin sought friendly and mutually supportive international relations between Russia and the West. Many European leaders, for example, Italy's Romano Prodi, have spoken extensively about Putin's goodwill and positive intentions towards strong Russia-EU relations in the first years of his presidency.

It was in military affairs rather than in economics that the Russian – Western relations ended up falling apart in the 2000s. As with finance, the West was militarily dominant in the 1990s, and certainly had the means to promote strong and positive relations with Russia. Yet the US was far more interested in Russia's subservience to NATO than it was in stable relations with Russia.

At the time of German reunification, both the US and Germany repeatedly promised Gorbachev and then Yeltsin that the West would not take advantage of German reunification and the end of the Warsaw Pact by expanding the NATO military alliance eastward. Both Gorbachev and Yeltsin reiterated the importance of this US-NATO pledge. Yet within just a few years, Clinton completely reneged on the Western commitment, and began the process of NATO enlargement. Leading US diplomats, led by the great

statesman-scholar [George Kennan, warned at the time](#) that the NATO enlargement would lead to disaster: “The view, bluntly stated, is that expanding NATO would be the most fateful error of American policy in the entire post-cold-war era.” So, it has proved.

Here is not the place to revisit all of the foreign policy disasters that have resulted from US arrogance towards Russia, but it suffices here to mention a brief and partial chronology of key events. In 1999, NATO bombed Belgrade for 78 days with the goal of breaking Serbia apart and giving rise to an independent Kosovo, now home to a major NATO base in the Balkans. In 2002, the US unilaterally withdrew from the Anti-Ballistic Missile Treaty over Russia’s strenuous objections. In 2003, the US and NATO allies repudiated the UN Security Council by going to war in Iraq on false pretenses. In 2004, the US continued with NATO enlargement, this time to the Baltic States and countries in the Black Sea region (Bulgaria and Romania) and the Balkans. In 2008, over Russia’s urgent and strenuous objections, the US pledged to expand NATO to Georgia and Ukraine.

In 2011, the US tasked the CIA to overthrow Syria’s Bashar al-Assad, an ally of Russia. In 2011, NATO bombed Libya in order to overthrow Moammar Qaddafi. In 2014, the US conspired with Ukrainian nationalist forces to overthrow Ukraine’s President Viktor Yanukovych. In 2015, the US began to place Aegis anti-ballistic missiles in Eastern Europe(Romania), a short distance from Russia. In 2016-2020, the US supported Ukraine in undermining the Minsk II agreement, despite its unanimous backing by the UN Security Council. In 2021, the new Biden Administration refused to negotiate with Russia over the question of NATO enlargement to Ukraine. In April 2022, the US called on Ukraine to withdraw from peace negotiations with Russia.

Looking back on the events around 1991-93, and to the events that followed, it is clear that the US was determined to say no to Russia’s aspirations for peaceful and mutually respectful integration of Russia and the West. The end of the Soviet period and the beginning of the Yeltsin Presidency occasioned the rise of the neoconservatives (neocons) to power in the United States. The neocons did not and do not want a mutually respectful relationship with Russia. They sought and until today seek a unipolar world led by a hegemonic US, in which Russia and other nations will be subservient.

In this US-led world order, the neocons envisioned that the US and the US alone will determine the utilization of the dollar-based banking system, the placement of overseas US military bases, the extent of NATO membership, and the deployment of US missile systems, without any veto or say by other countries, certainly including Russia. That arrogant foreign policy has led to several wars and to a widening rupture of relations between the US-led bloc of nations and the rest of the world. As an advisor to Russia during two years, late-1991 to late-93, I experienced first-hand the early days of

neoconservatism applied to Russia, though it would take many years of events afterwards to recognize the full extent of the new and dangerous turn in US foreign policy that began in the early 1990s.

<https://www.racket.news/p/a-true-shock-economist-jeffrey-sachs>